

Ergebnis der
Wahl zum
Landtag
am 12. Oktober 1908.

Wahlkreis
Halle a. S.

Die neue Wahl
Ergebnis der
Wahl zum
Landtag
am 12. Oktober 1908.

Ergebnis der
Wahl zum
Landtag
am 12. Oktober 1908.



Insertionsgebühr
für die 6 Spalten
pro Zeile
pro Monat
10 Pfennig.

Insertion
für die 6 Spalten
pro Zeile
pro Monat
10 Pfennig.

Einlagen
in die
Postanstalt.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Liebkecht bleibt Rechtsanwalt.

Der Reichsgerichtspräsident hat die Rechtsanwaltschaft in Sachen Liebknecht am Sonntag in der Berufungssitzung, daß die Berufung der Staatsanwaltschaft gegen das den Angeklagten freisprechende Urteil der Anwaltskammer der Provinz Brandenburg zu verwerfen ist. Liebknecht bleibt also Rechtsanwalt. Die Kosten des Verfahrens hat die Anwaltskammer der Provinz Brandenburg zu tragen.

Die Verhandlung begann vormittags 9 1/2 Uhr. Der Vorsitzende, Präsident des Reichsgerichts, Herr v. Sedendorf, eröffnete die Verhandlung mit dem Bemerkten, daß er die Gesuche von Beibrückern um Zulassung abgelehnt habe. Gewisse Rechte stellt den Antrag, die Verhandlung in voller Öffentlichkeit zu führen. Der Vorsitzende lehnt diesen Antrag ab. Der beständige Reichsgerichtspräsident Dr. Bernh. v. Homburg ist sodann dem Sachverhalt vor. Er verteilte den Erkenntnis der Anwaltskammer der Provinz Brandenburg und die Revisionsschrift des Generalstaatsanwalts am preussischen Sammergericht. Genosse Liebknecht antwortet zusammenfassend auf das Vorgelegte:

Er gebe zu, daß ein Rechtsanwalt gegen die bestehende Rechtsordnung nicht verstoßen dürfe; aber darin liege nicht, daß er sich auf jeder Kritik der bestehenden Rechtsordnung enthalten müsse. Die Rechtsordnung sei ein Teil der Verfassung, und es stehe jedem Bürger frei, für eine Verbesserung oder Abänderung der Verfassung zu wirken. Etwas anderes habe er durch seine Wünsche weder den Willkür noch nicht getan. Jedenfalls habe die erste Instanz festgestellt, daß er nicht in der üblichen Weise die bestehende Rechtsordnung verletze habe. Er erwarte daher, daß der Ehrengerichtshof sich dem Urteil der Anwaltskammer der Provinz Brandenburg anschließen werde.

Der Wortführer schreibt zu dem Urteil:

Die Staatsanwaltschaft, die hinter ihr stehenden Regierungen des Reichs und Preußens, die Sachmängel aller Art haben eine ungewöhnliche Lektion erhalten. Selbst der so sorgfältig zusammengestellte Ehrengerichtshof der Rechtsanwaltschaft, der aus vier Richtern und aus drei von den siebenmal geleiteten, vom Reichsgerichtspräsidenten ausgewählten Reichsgerichtsanwälten besteht, hat es abgelehnt, der halbschwerfichten Konstitution der Staatsanwaltschaft zu folgen, daß der wegen eines politischen Rechts Verurteilte, den das Reichsgericht unter Berücksichtigung seiner ehrenhaften Motive zur Festsetzung verurteilt, unwirksam sei, den Beruf des Rechtsanwalts auszuüben! Genosse Dr. Karl Liebknecht bleibt Rechtsanwalt! Der angeklagte Hochverräter wird nach wie vor im Gerichtssaal den Vertretern der Staatsanwaltschaft als Gleichberechtigter gegenüberstellen.

Der Versuch, auf dem Umwege des Ehrengerichtsverfahrens zu erreichen, was die Staatsgewalt im ordentlichen Gerichtsverfahren nicht erlangen konnte, die Erklärungen des Hochverrätters, ist mißglückt. Diesmal hat der Ehrengerichtshof es abgelehnt, über die Ehre des Rechtsanwaltsstandes ein besseres Urteil als die Vertreter der Anwaltschaft selbst fällen zu können.

Er konnte nicht wohl anders. Das freisprechende Urteil des Ehrengerichtshofes der Provinz Brandenburg, das wir vor einigen Tagen hier veröffentlichten, war so schärflich, auf so durchschlagende Gründe gestützt, daß eine Umstößung nur unter Anwendung von Kontraktionen möglich gewesen wäre, deren Tragweite und Schärfe sie deutlich als Mißhandlung der Gerechtigkeit hätte. Der Freispruch ist eine Selbstverständlichkeit. Aber im verpreizten Deutschland werden auch Selbstverständlichkeiten den Richter mißachtet, wird oft genug das Unglaubliche, das Unrecht Ereignis. Und die Mißhandlung politischer Verurteilter ist nur allzuoft in dem Bereich der preussischen und bayerischen Verwaltung eine effizienteste Spezialität geblieben.

Erklärung und Ergänzungsverordnung heißt die Staatsanwaltschaft im Auftrage der verstorbenen Regierungen Preußens und des Reiches vom Ehrengerichtshof gegen den Hochverräter verurteilt. Und hinter ihnen standen die Reaktionen aller Farben, die Sachmängel, die herrschenden Schichten der Besthenden, Großindustrielle und Junker. Ihre Organe hatten den Freispruch des Ehrengerichtshofes der Anwaltskammer beglückwünscht und sich für die Aufhebung des Urteils aus dem Umstänlichen gefordert. Sie alle hatten schon das Urteil des Reichsgerichts getadelt, weil es den Verurteilten nicht ins Gesicht schlug, sondern auf die Festung stand, weil er sich gewiegert hatte, die abweichende politische Meinung mit dem Schimpf der Unehrenhaftigkeit zu belegen. Sie forderten von der Massenjustiz große Arbeit! Sie soll dem in ihre Hand Gegebenen nicht bloß auf lange Zeit die Freiheit nehmen, sie soll ihn, so wollen sie, auch schänden, soll ihn entehren! Der Angriff auf eine der härtesten Stützen der Massenjustiz soll nicht nur für strafbar erklärt werden, er soll auch vor der Öffentlichkeit als Ehrlosigkeit gebrandmarkt werden.

Geld bekomme der Fahrsteiger Riehl im Hauptlohnstag habe Weis das Geld auch richtig einliefert, wofür sie dann ein günstigeres Gedinge erhielten. Einen Monat hätten sie nichts in der Schmiebelasse gezahlt, da sie der Lohn auf 3,70 bis 3,80 Mark pro Schicht heruntergegangenen. Als sie dann wieder zahlten, stieg der Lohn auf 5 Mark pro Schicht. Nachher habe er sich von dem Zählen ausschließen wollen, da statt 3 Mark 5 Mark verlangt wurden, worauf Weis ihm sagte, daß er dann aus der Partei in ein anderes Glied verlegt werde. Überdies müsse er extra für sogenannte Saufschneiden - in einem Monat so gar 3 Mark - zahlen! Ein anderer Zeuge hat gehört, daß ein Steiger sagte: Wenn nichts mehr von Euch kommt, dann kommt auch nichts mehr von mir! worunter nur zu verstehen sei: Wenn Ihr nicht mehr schmeißt, bekommt Ihr auch kein gutes Gedinge! Aus dieser Aussage des Steigers lehnt der Zeuge, daß Weis das gesammelte Geld mehrfach nicht abgeliefert, sondern für sich verbraucht hat. Mehrere Zeugen sagten weiter aus, daß während an jedem Hauptlohnstage drei bis fünf Mark in die Schmiebelasse gesammelt wurden, die nach ihrer Meinung an den Steiger, Fahrsteiger oder Obersteiger abgeliefert wurden! Die meisten Zeugen sind aber auch der Meinung, daß Weis nur einen Teil des Geldes abgeliefert habe, da er weit über seine Verhältnisse hinaus gelebt und Anschaffungen gemacht habe. Bei einem gemeinschaftlichen Gelage, bei dem ein Kaff gebrannt wurde, die Kosten durch Sammlung von den Beteiligten gedeckt wurden, nehmen aus die Steiger teil. ... So bekundeten also eine Reihe Zeugen, daß Weis Jahre hindurch an jedem Hauptlohnstag, also jeden Monat, von seinen Kameraden 3 bis 5 Mark gesammelt hat, die nach Meinung der Geber an die Beamten weiter gegeben wurden. Die Staatsanwaltschaft wie auch die Verteidigung bezweifeln auf die Vernehmung der Beamten, die zu dem Termin das dazuer noch geladen waren. Der Staatsanwalt begründete seinen Verzicht mit der Befürchtung, daß diese Vernehmung zu neuen Meinungsprozessen führen würde, wenn man bald genug hätte. Was in Wirklichkeit aus der Schmiebelasse, aus der Wollstoffe und aus der Lauterfieber Orgel und wie sonst viele Sachen seien, die Beamten erhalten und was die sauberen Paraführer untergeschlagen haben, das wird erst in dem großen Prozeß festgestellt werden, der am 20. Oktober vor der Strafammer Saarbrücken seinen Anfang nimmt. Ueber fünfzig Personen, Beamte und Arbeiter, sollen an diesem Tage die Anklagebänke betreten.

Während sich sechs Arbeiter wegen Meinids verurteilt, zwei leben am 12. Oktober unter derselben Anklage. Diese Meinidsprozesse bilden nur das Vorbild zu dem großen Prozeß, der über die lazarabische Beamtenbeschäftigung und Beamtenwirtschaft, sowie über das Elend der Arbeiter und die Ausbeutung dieses Elends in dem fiskalischen Betriebe weiters Licht verbreiten wird.

Die Anwaltskammer der Provinz Brandenburg.

Die Anwaltskammer der Provinz Brandenburg ist ein Organ der öffentlichen Rechtspflege zu sein. Er beantragte, das Urteil der ersten Instanz anzuhängen und Liebknecht aus dem Anwaltsstande auszuscheiden.

Verteidiger Rechtsanwalt Freytag pflichtet dem Oberreichsanwalt nicht bei. Der Hochverrat an sich ist nicht notwendigweise eine unehrenhafte Handlung. Sehr bedeutende und hochstehende Leute haben Hochverrat begangen und sind trotzdem als Ehrenmänner gefeiert worden. Man kann über Hochverrat sehr verschiedener Meinung sein, und das Reichsgericht hat Liebknecht Tat ja auch im mildesten Sinne angesehen. Der Gerichtshof könne auch nicht außer Acht lassen, daß die Anwaltskammer der Provinz Brandenburg die Einleitung des Sitzungsverfahrens abgelehnt und erst auf Wunsch des Generalstaatsanwalts hin das Verfahren angeordnet habe. Und dann haben sieben der angeklagten Berliner Rechtsanwände Liebknecht für unwürdig erachtet, ferner der Rechtsanwaltschaft anzugehören. Er (Freytag) sei selbst ein Vierteljahrhundert Mitglied der Anwaltskammer, er kenne Liebknecht seit vielen Jahren und würde es nicht verstehen können, wenn diese sieben seiner Wünsche aus der Anwaltschaft ausgeschlossen würde.

Der Vorsitzende des Oberreichsanwalts und einer Antwort des Verteidigers nahm Liebknecht nochmals das Wort und bemerkte, er habe weder bewußt noch unbewußt die bestehende Rechtsordnung verletzt. Hochverrat sei eben nicht immer eine unehrenhafte Handlung. Leute, die den Hochverrat o. l. e. n. d. e. haben, seien niemals zu bestrafen, im Gegenteil, sie seien häufig auf Ehren und Würde bedacht. Er nähme zum mindesten das alte Recht für sich in Anspruch, die jeder Qualant. Einen solchen würde gewiß der Ehrengerichtshof nicht für unwürdig erachten, der Rechtsanwaltschaft anzugehören, obwohl der Qualant bewußt gegen die bestehende Rechtsordnung verstoße. Er spreche nochmals seine Überzeugung aus, daß der Gerichtshof die Verurteilung des Generalstaatsanwalts und ihn nicht für unwürdig erachten werde, ferner der Rechtsanwaltschaft anzugehören.

Nach abschließender Beratung verhandelte Freytag v. Sedendorf das nachstehende Urteil:

Der Ehrengerichtshof hat dahin erkannt, daß die Berufung des Generalstaatsanwalts zu verwerfen ist und die Kosten des Verfahrens der Anwaltskammer der Provinz Brandenburg aufzuerlegen seien.

Der Ehrengerichtshof habe den Beschlüssen des Herrn Oberreichsanwalts nicht beizutreten können, sondern sich in allen Punkten den Ausführungen der Bezirksämter anschließen. Es sei daher wie gesehen, erkannt worden.

Wie erwähnt, fand die ganze Verhandlung, einschließlich der Urteilsverkündung, unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Erklärungen und Ergänzungsverordnungen unserer Genossen Liebknecht ist demnach abgeschlossen; der Ehrengerichtshof am Reichsgericht hat der Meinlichen Verfolgungspolitik, die man in Preußen gegen den politischen Gegner anzuwenden beabsichtigt, ist so folgen vermieden. Es ist fraglich um die deutsche Rechtspflege bestellt, daß man die Lasten noch besonders hervorheben und anerkennen muß.

Die preussische Regierung hat nachfragen aus Berliner Zeitungredaktionen die Mächtigkeit der Reichsrichterschaft, daß die Reichsrichterschaft vorarbeiten zu einer preussischen Wahlreform, die jetzt angeblich das Ministerium des Innern beschäftigt, ist vor Ende des Jahres 1909 abgeschlossen sein werden. Es ist also möglich, so wie mir schon sagte, die preussische Regierung legt den Termin für die Vollendung der angeblichen Vorarbeiten so spät an, daß man schon heute darauf gefaßt sein kann, nach seinem Ablauf zu erfahren, er sei nicht eingeleitet worden und es seien noch weitere Untersuchungen und Studien notwendig, ehe die preussische Regierung überhaupt in die Erwidigung der Frage eintreten könne, ob, wann, wie und unter welchen Umständen das geltende preussische Dreiklassenwahlrecht möglicherweise vielleicht doch einige Veränderungen erfahren sollte. Man hat es sichtlich darauf angelegt, die Geduld des preussischen Volkes auszusetzen und letzten Proben auszuführen, man jetzt seinen Egoismus dazun zeigen, daß es überhaupt nichts gibt, was die preussische Regierung ihren Untertanen nicht bieten würde.

Die Geschichte von den russischen Vorarbeiten, die im preussischen Polizeiministerium gemacht werden sollen und die angeblich ein ganzes Jahr für sich in Anspruch nehmen sollen, ist nichts weiter als ein frecher Quatsch. Wir wissen allerdings nicht, wieviel Vagen weißen Papieres von den Räten des preussischen Polizeiministeriums mit arabischen Ziffern beackert werden sollen, aber wir wissen, daß je größere Reibungsreaktion und jedes volkswirtschaftliche Seminar instand ist, können diese Leute aus dem amtlichen Material der letzten Landtagsarbeiten je mögliche Auskunft herauszubolen. Wären die Beamten des Herrn v. Wolke nicht zu gut gezeugt, so müßten sie öffentlich gegen die beliebige Unterstellung protestieren, daß sie anderthalb Jahre zu einer Arbeit benötigten, die von ein paar Redaktoren, Arbeiterstreikern oder Studenten in wenigen Wochen erledigt werden kann.

Wogu überhaupt erst noch die russischen Erhebungen? Was die Statistik zur preussischen Wahlrechtsfrage leisten kann, das hat sie längst geleistet und keine Zahlenstücke der Welt wird an dem Verdammungsurteil, das sie über das preussische

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 12. Oktober 1908.

Eine Verhöhnung der Wahlrechtsreform.

Die preussische Regierung hat nachfragen aus Berliner Zeitungredaktionen die Mächtigkeit der Reichsrichterschaft, daß die Reichsrichterschaft vorarbeiten zu einer preussischen Wahlreform, die jetzt angeblich das Ministerium des Innern beschäftigt, ist vor Ende des Jahres 1909 abgeschlossen sein werden. Es ist also möglich, so wie mir schon sagte, die preussische Regierung legt den Termin für die Vollendung der angeblichen Vorarbeiten so spät an, daß man schon heute darauf gefaßt sein kann, nach seinem Ablauf zu erfahren, er sei nicht eingeleitet worden und es seien noch weitere Untersuchungen und Studien notwendig, ehe die preussische Regierung überhaupt in die Erwidigung der Frage eintreten könne, ob, wann, wie und unter welchen Umständen das geltende preussische Dreiklassenwahlrecht möglicherweise vielleicht doch einige Veränderungen erfahren sollte. Man hat es sichtlich darauf angelegt, die Geduld des preussischen Volkes auszusetzen und letzten Proben auszuführen, man jetzt seinen Egoismus dazun zeigen, daß es überhaupt nichts gibt, was die preussische Regierung ihren Untertanen nicht bieten würde.

Das saarabische System vor Gericht.

In Saarbrücken wurden drei Verurteilte wegen Meinids verurteilt, weil sie am 19. Dezember 1907 aus Furcht vor Drangsalterung durch die Beamten als Zeugen bestimmt hatten, weder etwas von Beamtenbeschäftigung gehört, noch sich selbst daran beteiligt zu haben. In der Verhandlung gegen den Verurteilten Weis, der im Gegensatz zu den beiden anderen Verurteilten seine Schuld bestritt, wurden 16 Zeugen vernommen. Das Ergebnis ihrer Aussagen war für die Minderzahligkeit der Staatsbetriebe geradezu vernichtend.

Der erste Zeuge befand, daß er 1901 in die Partei des Weis getommen sei und dieser ihm sofort gesagt habe, er müsse an jedem Lohnstage 3 Mark in die Schmiebelasse zahlen; das

„Supposition“ (Unterstellung), daß die Lehen Frage auf dem Balkan auf Einvernehmen Deutschlands mit Österreich-Ungarn oder einer andern Macht lösbar seien. Dasselbe erfolgte, ohne die Ansicht Deutschlands einzubringen.

Darum müßte man schließen, die deutsche Regierung halte Österreichs Weggehen für so ungewöhnlich und unentschieden, daß sie die Vermutung, mit Österreich in Einvernehmen zu stehen, als einen trübenden Nachdruck empfinden müßte. Zugleich aber wird offensichtlich, daß man unter allen Umständen zu Österreich als unserem Verbündeten halte und mit diesem im besten Einvernehmen stehe. Baron Westenthal berichtet sogar in den Delegationen, Österreich habe alle seine Schritte im Einvernehmen mit Deutschland und Italien unternommen — und in Berlin erfolgt kein Demütlich auch der bescheidene Staatsbürger, der von vornherein darauf verzichtet, sich seine eigenen Gedanken zu machen, wird nicht umhin können, sich ärgern zu bemerken, daß da etwas nicht ganz in Ordnung zu sein scheint.

Von neueren Nachrichten sind von Belgrad: In einer Konferenz der Stupichinamitglieder wurde der Antrag auf sofortige Kriegserklärung mit 93 gegen 66 Stimmen abgelehnt. Dagegen die Dringlichkeit eines Antrages, monach dem Kriegsminister 30 Millionen Dinges für als Eventualität zur Verfügung gestellt werden sollen, angenommen.

Belgrad. Der Politik zufolge hat sich ein aus den angesehensten Bürgertellen, Politikern, Generalen, Universitätsprofessoren und Journalisten bestehendes Komitee für die nationale Verteidigung konstituiert. Das Komitee hat sich die Aufgabe gestellt, die ganze Bewegung gegenüber der Anexion Serbiens und der Herzegovina zu leiten. Dem Maßstab zufolge hat sich auch ein revolutionäres Komitee zur Leitung einer Revolution gebildet. Der Minister des Aeußeren begibt sich in den nächsten Tagen nach Paris und London, um die französische und englische Regierung über die Lage zu informieren.

Cettinje. Der Fürst hat alle im Bombenprozeß Verurteilten begnadigt.

Belgrad. Die Situation hat sich durch eine Ansprache des Thronfolgers an die Studenten, in der er seiner kriegerischen Gesinnung Ausdruck gab, wenn auch nicht wesentlich, verschlimmert. Die Deputierten, die nahezu vollständig in Belgrad eingetroffen sind, sind überaus aufgeregt. Mit großer Ungeduld werden die Beschlüsse erwartet, die die Stupichina fassen wird. Höchstwahrscheinlich wird die Richtung liegen, die von einigen besonnenen und erfahrenen Politikern vertreten wird, die ein neues Kabinett bilden und durch dieses eine neue und im härteren Tone abgefaßte Protestnote an die Großmächte senden wollen. Die Regierung vertritt den Standpunkt, daß man abwarten muß, was die Großmächte an die bereit ist an abgegangene Protestnote erwidern, welchen Standpunkt sie bezüglich der neu eingetretenen Verhältnisse auf dem Balkan einnehmen werden.

Ausland.

Ungarn. Die Verhaftung aufgehoben. Die verhafteten sozialistischen Parteiführer sind in Budapest wieder freigelassen worden. Sie wurden jedoch verpflichtet, sich nicht aus der Stadt zu entfernen, da gegen sie die Untersuchung weitergeführt wird. — Demgegenüber bei den letzten Demonstrationen verhaftete Personen, bei denen man Revolver vorfand, wurden dem Gerichtshof eingeliefert. Sie werden sich wegen Mordversuchs (!) zu verantworten haben. Die Parteileitung beschloß, übermorgige Versammlungen einzuberufen, um gegen die Verhaftungen zu protestieren.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Gedrucker Nachweis. Genosse Schlegel von der Frankfurter Tagespost zu Nürnberg stand am Sonnabend vor dem

Schwurgericht wegen Beleidigung des Kaplans Koch. Er sollte den Kaplan dadurch beleidigt haben, daß er ihm vorwarf, er dränge sich in die Arbeiterfamilien ein, habe die Kinder gegen die Eltern auf und schände dummes Zeug über die Sozialdemokratie. Der Nachweis wurde vollständig erbracht. Schlegel wurde freigesprochen.

Die Arbeitslosen auf der Landstraße.

Aus den verschiedensten Gewerkschaften kommen trübe Nachrichten über zunehmende Arbeitslosigkeit. Das enorme Ballen der Summe des pro August d. J. inoffiziellen Unternehmungskapitals läßt auf eine weitere Abnahme der Geschäftskonjunktur schließen. In einigen deutschen Städten sind die Gewerkschaftsstellorte an die Stadtverwaltungen mit dem Ersuchen herangetreten, Notstandsarbeiten in Angriff zu nehmen. Diesem Vorwande werden natürlichweise noch viele Gewerkschaftsstellorte folgen müssen, wenn die Wintermonate keine Besserung für die arbeitslosen Scharen bringen sollen.

In welchem Umfange selbst in guter Geschäftskonjunktur ein arbeitsloses Proletariat die Landstraße bevölkert, darüber gibt der Bericht des Deutschen Herbergvereins für 1907 sehr ernste Auskunft. Von diesem Verein wurden 1907 im Deutschen Reich 452 „Herbergen zur Heimat“ unterhalten. Es sind das die sogenannten „christlichen Bennen“, die von der Mehrzahl der organisierten Arbeitslosen nicht aufgesucht werden. Ihre Besucher rekrutieren sich zu einem Teil aus Beschäftigungslosen, die infolge langwieriger Erwerbslosigkeit ohne Rückhalt an eine Berufsorganisation, moralischen Ansehens nicht mehr widerstehen konnten und so Gelegenheitsarbeitern nach. Zum andern Teil bestehen die fahrenden Gäste der Herbergen zur Heimat aus Leuten, deren unausgebildetes Klassenbewußtsein sie die auf den „christlichen Bennen“ vielfach übliche geringfügige Behandlung ertragen läßt. Im allgemeinen darf man sagen, daß die gewerkschaftlich organisierten und unterhaltenen Arbeitslosen die Herbergen zur Heimat meiden. Darum bietet der Jahresbericht des Herbergvereins eine sehr beachtenswerte Ergänzung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstatistik.

Von den 452 Herbergen hielten 308 Kostgänger in einer Gesamtzahl von 37 240, die insgesamt 812 292 Nächte dort zu verbrachten. Hier handelt es sich zum größten Teil um solche Leute, die von vornherein wissen, daß sie nur vorübergehend beschäftigt sind; die kurze Zeit verbringen sie als Logiergäste auf der Herberge. Durchreisende, die ihre Verpflegungskosten selbst zahlen, wurden 1 696 245 aufgenommen und 2 812 874 Nächte beherbergt. Verpflegungskosten, d. h. solche, die völlig mittellos waren und auf Kosten der Gemeinden oder Gemeindegemeinschaften untergebracht wurden, stellten sich 498 688 ein; sie wurden 437 444 Nächte beherbergt. Die Gesamtsumme der beherbergten Personen belief sich auf 2 070 078 mit 4 068 210 Nächten. Bringt man hiervon in Abzug die Kostgänger, dann bleiben noch über 2 Millionen verpflegte Personen übrig, von denen 498 684 völlig mittellos, darum auf die Verpflegungskosten angewiesen waren!

Diese Arbeitslosennamee kann man ruhig als gänglich verarmte Proletariat der Landstraße bezeichnen. Da auch auf den sogenannten „wildern Bennen“ große Mengen längere Zeit arbeitsloser Proletariat unterkommen, so ist nicht zu viel gesagt, wenn man diese Gruppe auf mindestens eine halbe Million schätzt. Unter den anderthalb Millionen Personen, die immerhin noch einige Existenzmittel besitzen, aber doch schon genötigt waren, die primitivsten Herbergunterkunft aufzusuchen, befinden sich wieder Zehntausende, die bald ins arme Landstraßenproletariat herabsinken, wenn ihnen nicht Gelegenheit zur Verwertung ihrer Arbeitskraft gegeben wird. Auch wenn man die Sachlage noch so günstig beurteilt, die Tatsache, daß in dem zumzeit noch günstigsten Geschäftsjahr 1907 allein in den 452 Herbergen zur Heimat Hunderttausende von Menschen Zuflucht suchen mußten, ist eine wichtige Anlage gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. Hunderttausende Menschen

ohne regelmäßige Beschäftigung, vagierend, zu einem erheblichen Teil stets auf Armenunterstützung angewiesen: das charakterisiert einen Gesellschaftszustand, den nur geistige Winde und sozialpolitisch Gleichgültige rühmen und verteidigen können.

Die 1864 von Berthes in Bonn zuerst ins Leben gerufenen Herbergen zur Heimat sollten ein Hauptglied einer sich über ganz Deutschland erstreckenden Organisation von Verpflegungsstationen, Arbeiterkolonien, Arbeiterwohnstätten und Herbergen bilden. Es hat sich aber herausgestellt, daß diese Organisation nicht einmal imkündig ist, allen Opfern unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise zeitweilige Rettung vor dem Elend zu bringen. Von 1891 bis 1907 vermehrte sich die Zahl der Herbergen von 879 mit 13 870 Betten auf 452 Herbergen mit rund 19 000 Betten. Die Schlafplätze der Herbergsgäste vermehrten sich von 2 057 028 auf 2 812 874, die Zahl der Nächte der Verpflegungslosen (völlig mittellose) ging aber von 731 795 auf 437 444 zurück. Dieser Rückgang bedeutet aber nicht eine gleiche Verringerung der Mittellosen, sondern er ist die Folge der starken Verringerung der Verpflegungsstationen!

Beispielsweise bestanden anfangs der 90er Jahre im Regierungsbezirk Kassel 46 Verpflegungsstationen, gegenwärtig bestehen nur noch 10. Das Eingehen der Verpflegungsstationen wird von den Beteiligten dahin erklärt: die Stationen können nicht überall errichtet werden; die Nachbarschaft weigert sich, Stationen zu errichten, halften somit die Kosten für die Verpflegung der Landstraßenproletarier den anderen Kreisen auf, was diese nicht mehr aushalten könnten. Sodann wird behauptet, die Stationen seien nicht, wie früher gedacht, Zufluchtsstätten für Arbeitslose und Arbeitswillige, sondern Aufenthaltsorte „für Summler und Arbeitscheu“ geworden. Nun: trotz ihrer guten Verbindungen mit den Unternehmern haben die Herbergverwaltungen 1907 nur 7,76 Prozent ihrer arbeits-suchenden Gäste Verpflegung vermitteln können. Daß die übrigen 92,24 Prozent der Herbergsgäste durchweg „Arbeitscheu und Summler“ gewesen wären, wird kein vernünftiger Mensch glauben. Und wenn man die Lebenssituation der schließlich arbeitslos gewordenen Landstraßenproletarier kennt, würde sich herausstellen, daß viele nur ins Lumpenproletariat gesunken sind, nachdem sie monatelang und jahrelang gezwungenemmaßen ganz oder meistens beschäftigt waren.

Wenn man bedenkt, welche große Menge Arbeitsloser nicht auf den „christlichen Bennen“ herbergen, die Gewerkschaftshäuser, sonstige Unterfunktschauer der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, ferner die katholischen und evangelischen Gesellenvereinshäuser, Solpige und „wilde Bennen“ aufsuchen, dann kann man sich einen ungefähren Begriff machen von den Massen der arbeitslosen Proletarier, die ohne Raft und Ruder durch die deutschen Lande ziehen. Das Jahr 1908 hat keine Verminderung, sondern eine starke Vermehrung des Landstraßenproletariats gebracht.

Verantwortlich für den politischen Teil H. d. Thiele, für Feuilleton, Reich und Provinz E. Däumig, für Verliches und Berichte O. Frösch, sämtlich in Galle.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Hohenlohe Erbswurst

vorzüglichste Erbsuppe, 2 bis 3 Teller 10 Pf.



Morgen Eintreffen eines neuen Transportes Papageien.

Das grosse Verkaufs-Ereignis in Halle.

Unsere grosszügig ausgestattete 90 Pf.-Woche erzielte dieses Mal den grössten Käufer-Andrang.

22 Verkaufs-Abteilungen sind seit heute durch telegraphische Bestellung neu ergänzt. Täglich Neu-Zusammenstellung von 90 Pf.-Artikeln.

Leopold Nussbaum

Hamburger Engros-Lager

Halle a. S., Grosse Ulrichstrasse 60/61.

Kleiderstoffe = Seide = Sammete

Entzückende Neuheiten für Herbst und Winter.

Damentuche in den neuesten Farben, bewährte Qualitäten, 140 bis 90 cm breit Mtr. 8.50 7.00 6.00 4.50 3.75 3.00 2.00 1.85
Satintuche, Satinettes, Croisés, Crêpes, Covercoats enorme Auswahl Mtr. 3.75 3.00 2.50 2.00 1.50
Chevrons, Diagonals, Cheviots in reinwoll. Qualit. 110 bis 90 cm breit Mtr. 4.00 3.50 2.75 2.50 2.00 1.50 1.10

Kostümetoffe in englisch. Geschmack, kariert oder gestreift, denkbar 110 größte Musternummer Mtr. 5.00 4.00 3.00 2.50 2.00 1.50 1.10
Plissee- u. Bordürenstoffe in ganz neuen Ausmusterungen, 140 130 bis 90 cm breit Mtr. 4.50 4.00 3.00 2.50 1.85 1.10
Blusen-Flanelle in englischem Geschmack, reine Wolle Mtr. 2.50 2.25 2.00 1.50 1.10
Schwarze und weisse Stoffe für Kleider und Blusen, in ganz hervorragenden Sortimenten.

Praktische Hauskleiderstoffe in Wolle, Veloutine, Baumwolle. Enorme Auswahl in nur soliden Qualitäten und neuesten Dessins. Meter von 30 Pf. an.
Weit unter Preis! Ein Posten reinwollene Zibeline-Karos und -Streifen statt Meter 2.00 Mark jetzt nur 140 Mk.

Seidenstoffe für Braut-, Gesellschafts-, Strassenkleider und Blusen, weiss, schwarz und farbig, in den neuesten Arten Meter 6.50 bis 125 Mk.

Sammete für Kleider, Blusen und Besätze, sehr beliebte Neuheiten, in allen modernen Farben Meter von 4.50 bis 90 Pf.

Besätze, Futterstoffe und sämtliche Schneiderei-Artikel allerbilligst.

Um Besichtigung unserer Schaufenster und Auslagen im Geschäft wird gebeten.

Brummer & Benjamin

22/23 Grasse Ulrichstrasse 22/23.

Bitterfeld.

Dienstag den 13. Oktober abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Gebrüder **öffentliche Versammlung.**

Tagesordnung: Was erstreben die freien Gewerkschaften im Gegensatz zu den G.-D. Gewerkschaften. Referent: A. Millen. Freie Diskussion.
 Die Vorstände und Mitglieder des Gewerkschafts sind hiermit besonders eingeladen. Herr Lange ist brieflich eingeladen.
 Der Einberufer.

Zeitz.

Freitag, 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in der **Wilhelmshöhe:**

Große öffentliche Gewerkschafts-Versammlung

Tagesordnung: Der Kampf des Selbstverwaltungswegs bei der Kranken-Versicherung. Referent: Bezirks-Sekretär A. Undeutsch aus Magdeburg.
 Alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind hierzu dringend eingeladen.
 Der Einberufer.

Naumburg a. S.

Donnerstag den 18. Oktober abends 8 1/2 Uhr im **Schwarzen Adler**

öffentl. Gewerkschafts-Versammlung

Tagesordnung: 1. Bericht über den Gewerkschafts-Kongress. Referent: Genosse **Undeutsch-Magdeburg.**
 2. Wohruß sind gelbe und christliche Gewerkschaften zu unterscheiden?
 Nicht alle Gewerkschaftler ist es, an dieser Versammlung teilzunehmen.
 Das Gewerkschaftsblatt.

Zeitz.

Dienstag den 13. Oktober abends 8 1/2 Uhr in der **Zentralhalle**

Große öffentliche Holzarbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: Gewerkschaftliche Kämpfe u. Nachfragen. Referent: **Gaunvorsteher Neumann-Hamburg.**
 In dieser Versammlung laden wir alle in der Holzindustrie Beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ein.
 Zutritt frei!
 Der Einberufer.

Nitt's Restaurant „Zum Gemütlichen Russen“
 Zandstraße 28. — Arbeiter-Vereins-Gesell.
 Mittwoch den 14. d. Mts.:
Grosses Schlachtfest.
 Es laßt erleben ein Fr. Nitt.

Raucht Réunion-Cigaretten
 Genau nach Cuba-Art.
 VIBETA 1000 STK
 HARMONIE-250



Roehlenhandlung W. Trolle

Caenauerweg 1
 Telephone Nr. 1439

empfehle ich zur Lieferung von erstklassigen Dreileits und Naphthesteinen. Pro Zentner Dreileits bei Fuhrern von 25 Zentner aufwärts frei Gelag 65 Pf., einzelne Zentner ab Lager 58 Pf. Pro Mille Naphthesteine frei Gelag von 1500 Stück ab 13 Mk., ab Lager pro Mille 11 Mk.

Walhalla-Theater.

Nur kurzos
4 viertägig. Gastspiel 4

der berühmten Tanzkünstlerin

Villany

Heute, Montag, 12. Oktober:
Erstes Gastspiel.

Historisch-orientalische Tänze.

1. Dschamah, assyrischer Tanz.
2. Salome:
 - a) Dienst der Sklavinnen;
 - b) Tanz der sieben Schaler;
 - c) Monologue de Salomé, recitée par viola Villany.

Die echt orientalischen Dekorationen und Kostüme sind dem Stil der Tänze angepasst.
 Herzu das Oktober-Monstre-Programm.
 Trotz der enormen Unkosten für dieses Gastspiel
keine Preiserhöhung.

Keutschen. Keutschen.

Samstag, den 18. Oktober
Gesangs-Konzert,

ausgeführt vom Arbeiter-Gesangsverein **Corona-Wäpzig.**
 Einen genussreichen Abend versprechend, laßt erträglich ein **Monzel, Gastwirt.**

Neu eröffnet! Volkstheater **Neu eröffnet!**
Burgstrasse 48 bis-à-vis dem Volkspark.

Mit vollständig neuen Apparaten eingerichtet, sehr illuminiert, tadellose Vorführung lebender Photographien bei kleinen Preisen.
 Zu jahrelangem Besuch laßt ein **Die Direktion.**

Stadt-Theater

in **Salle a. J.**
 Direction: Hofrat W. Richard.

Dienstag den 12. Oktober:
Anfang 7 Uhr:
 31. Ab.-Vorh. Umlaufsch. gütig. 8. Viertel.

Erster-Akt 1.10 Mk. an der Tages- und Abendkasse.

Don Carlos
 Infant von Spanien.
 Transcription in 5 Aufzügen von Schiller.
 Anfang 7 Uhr, gegen Ende 11 Uhr.

Mittwoch den 14. Oktober:
 32. Ab.-Vorh. Umlaufsch. gütig. 4. Viertel.

Zar und Zimmermann.
 Komische Oper in 3 Akten.
 Text und Musik von H. Hertzka.
 Die nächste Aufführung von **Die letzten Weiber d. Windhose** Freitag den 16. Oktober.

Weissenfels! Weissenfels!
Volkshaus.

Mein Einzugschmuck findet **Mittwoch den 14. d. Mts. statt.**
 Hochachtungsvoll **Ernst Voigt.**

Frische Knackeier billig.

Prima Wurstfest a 5 Pf. 50 Pf., gibt ab **Max Koch,** Fleischermeister, Sophienstr. 41.

E. M. Goldbeck, anwalt, Berlin, Friedrichstr. 249.
 Annahmestelle für Galle: **Delbigstr. 2, Bernbr. 2014.**
 Personl. Empfängl. d. Umlaufsch. Dienstag nach u. 4—7 Uhr.

Sieben erliegen:
Protokoll der Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitagess zu Nürnberg 1908 und der fünften Frauen-Konferenz.

Preis broschiert 1.25 Mk. **Leinen gebunden 1.75 Mk.**
 Partis 20 Pf.

Die auf dem diesjährigen Parteitage gefaßten Beschlüsse haben das weitgehendste Interesse erweckt. Aus den Verhandlungen haben wir hervor:

Budget-Bewilligung.
Maliner.
 Jugendorganisation.
 Sozialpolitik und neuer Kurs.
 Die Reichsfinanzreform.
 Ein umfassendes Sachregister, Sprachregister, sowie Inhalts-Verzeichnis erleichtern das Nachschlagen.

Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung,** Garz 42/43.

Wohnungs-Gesuch.

2 Stub., 1-2 Kam., Küche, Korrid., u. Zubehör zum 31. Dezemb. 1908 oder früher, von Herren anhab. Familien gesucht. Angebote mit Preis, um. M. N. 1905 (ohne Kupon) a. b. Exped. d. Blattes erb.

Gefucht ist a. i. Ort Deut. auch Frauen, u. Verret. hohes. Neuh. erstl. Weibsch. über. Geb. Verd. für Jedem. Ausst. vollst. kosten. a. J. Hof. **Horn Wolf, Seifert & Co.,** Strdftr. 30.

Karton mit Gold verloren; abzugeben bei Frau M. Schubert, Scharfstr. 42, Laden.

Sonabend abend 240 Mark verloren u. arm. Gold. Geg. Belohnung. Bitte abg. **Alter-Markt 7, 11.**

Wohnwagen jeder Art bei 511. Alb. Ackermann, Wühlberg 10.

Kursbücher

Winter-Halbjahr 1908/09.
 Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung,** Garz 42/43.

2. Beiage zum Volksblatt.

Nr. 240.

Jahr n. Z., Dienstag den 13. Oktober 1908.

19. Jahrg.

Beitrag der sozialdemokratischen Partei des Regierungsbezirks Merseburg.

Gestern fand im kleinen Saale des Volksparks der dies-jährige Bezirksrat statt, der von Delegierten aus folgenden Orten besucht war:

(Deilichs-Witterfelder Kreis): Reichstagskandidat Raute-Eilenburg, Rauchs-Bolzowitz, Münger-Deilichs, Buchardt-Eilenburg, (Halle und Saalkreis): Runert-Berlin als Reichstagskandidat, Heinrich Koch, H. Köhne, Carl Kleinand, Aug. Groß, G. Schade, Otto Dertel-Ammendorf, (Mansfelder Kreise): Christian-Eisenberg, Stelzer-Erdmann, Henze-Schindorf, Schönerich-Schrapflau, (Merseburg-Duerfurt): Stanzel-Wüller-Scheubitz, G. Wille, Oswald Bötsche, Aug. Voigt, Rich. Vallhädt, (Naumburg-Weißenfels-Kreis): Dr. Thiele als Reichstagskandidat (und Mitglied der Redaktion), Burgau-Naumburg, Kämpfe-Geiz, Weinbau-Geiz, Hornstedt-Droßig, Lemberger-Weißenfels, (Sangerhausen-Edersberg): Krenschulz-Seltra, Hoff-Sangerhausen, Wölfer-Wallhausen, Hoff-Ärtern, (Zorgau-Liebenwerda): W. Hille, Ad. Schöne, D. Bloch, Aug. Koths, Ernst Winkler, Gustav Klabe, (Wittenberg-Schöneitz): Robe-Pfeister, Freudenberg-Wittenberg, Weigelt-Wittenberg, Pille-Gezberg, Agitationskommission: Leopold-Friedrich, Fröhlich, Dreißer, Sanow, Kochanski, Gust. Schmidt-Kalle, Agitationskommission: Mielz-Weißenfels, Gerig, Eißle, Schneider, Bolmann, Otto Koch-Kalle. Außerdem waren noch anwesend: Heinrich von der Redaktion, Fannschuch-Berlin als Vertreter des Parteivorstandes, Dittke-Waader-Berlin als Referent. Von der auswärtsigen Parteipresse war Redakteur Kappel von der Rorbühler Fortsetzung anwesend.

Die Tagung wurde um 9 1/2 Uhr von den Vorstehenden des Agitations-Komitees, Genossen Kochanski, mit einer Begrüßung der Delegierten eröffnet. Dann ließ der Arbeiter-Sängerchor einige wohlklingende, stattvoll geleitete Lieder u. a. das bekannte Empor zum Licht, erklingen, die von den Anwesenden mit Beifall belohnt wurden. Dann wies Genosse Kochanski darauf hin, daß man den Sängern für ihre Begrüßung keinen besseren Dank abstaten könne, als daß man das von ihnen Vorgetragene befolge und sich die Hand zum Freiheitskampfe reiche. Gefährlich teilt Johann Redner u. a. mit, daß das Agitationskomitee im Laufe des letzten Jahres 19 Sitzungen abgehalten und vornehmlich der Zustimmung des Bezirksrates beschloßen hat, den Bezirkssekretär, Genossen Dreißer, dauernd als Mitglied des Agitations-Komitees zuzulassen. Der Bezirksrat möge den Beschluß sanktionieren.

Darauf gab der Bezirkssekretär Genosse Dreißer den Bericht des Agitationskomitees zum Punkt Organisation und Agitation. Nach einer Mittheilung bezüglich der Urwählerstimmen bei der Landtagswahl im Deilichs-Witterfelder Kreis, trug Redner den Beschluß des Agitations-Komitees vor, Gemeindevereiner-Konferenzen für den ganzen Bezirk abzuhalten. Dazu seien zwei Tage in Aussicht genommen: einen Tag für die Städte und einen Tag für die Landorte. Der Vorkampfung muß mit größter Energie, aber geschickter wie früher betrieben werden. Denn die Vorbedingungen für die Agitation ist die Gewinnung von Sokalen zu Versammlungen und Vorträgen. Eine besondere Agitation soll man zunächst dort betreiben, wo zugängliche Personen für die Partei vorhanden sind. Auf den schriftlich vorliegenden Bericht hinweist, bespricht Redner das von ihm angeregte Adressatensystem zur Gewinnung von Lesern für die Presse und Mitgliefern zur politischen Organisation. Durch Lesen von leichtverständlichen Parteischriften muß das Wissen in der Partei erweitert werden. Vor der schriftlichen Agitation muß aber die mündliche vorausgehen. Mit schwerverständlichen Schriften schafft man nicht gleich eine Vertiefung des Wissens. Kleine Vorträge in engeren Kreisen können da sehr gut bahnbrechend wirken. Jeder, der den Sozialismus begriffen hat, muß seine Ansichten kund geben. Durch Monatsberichte in Versammlungen sollte man Diskussionen einleiten und über das Parteiprogramm sollten alleorts Vorträge gehalten werden. Wir dürfen uns künftig nicht mehr nur auf die Sympathie der Arbeiter, sondern auf das Wissen verlassen. Die ganz einfache Frage der Budgetbewilligung hat betroffen, daß in den Reihen der Parteigenossen noch große Unklarheit herrscht. Ist es ein Forderungsziel, wenn zwei Genossen in einer Versammlung zwei verschiedene Ansichten vertreten und beide gleichen Beifall bekommen? Der Regierung ist nicht bange um unwissende Mitglieder in der Partei; sie beläme viel mehr Respekt vor der Dreimillionenpartei, wenn mehr ein kräftiger sozialdemokratischer Geist in der Partei herrschte. In welcher traurigen Mißverhältnis zu der Stimmungslage bei der Reichstagswahl steht das Annehmen zur Parteipresse. Nur eine Million Leser hat unsere Presse; wie viel gemeinverständlich organisierte Arbeiter und Mitgänger gibt es, die noch für die Presse und politische Organisation gewonnen werden müssen. Da bleibt noch viel zu tun übrig. Der Einfluß der Partei hängt von dem Grade des Wissens und der Erkenntnis der Parteigehörigen ab. Organisiere und agitire man zur Erreichung der politischen Macht.

Schmidt-Halle erläutert den gedruckt vorliegenden Massenbericht und beantragt namens der Agitationskommission, künftig Geschäftsinterate aus dem Agitationskalender zu entfernen. Der hierdurch entfallende Anschlag soll durch eine Erhöhung des Preises um zwei Mark pro Laubend gedeckt werden. Im folgenden Jahre 1909 soll fünf Mark mehr pro Laubend gezahlt werden. Redner beantragt dies.

In der hier bis anschließenden Diskussion führte zunächst Müller-Scheubitz aus: Zu den Gemeindevereiner-Konferenzen haben wir Stellung genommen und wünschen, um Kosten zu ersparen, nicht zwei Tage sondern einen Tag dafür in Aussicht zu nehmen. Die Stadt- und Landortvertreter können getrennt tagen. Das mehr tiefere Wissen in der Partei verbreitet wird, dem stimmt ich voll und ganz zu. Zu den Redaktionsabenden sollten den Genossen die Thematia nicht frei gestellt werden, sondern es sollte von unten heraus mit leicht verständlichen Fragen begonnen werden. Damit führen wir Zugänger, die meistens als Nichtsozialdemokraten zu uns kommen, nicht auf, daß wir ihnen das Parteiprogramm in die Hand geben. Fange man mit dem Ase des Sozialismus an.

Leopold-Geiz: Ich verweise den üblichen Begrüßungsartikel zum Bezirksrat. Das läßt auf einen nicht geradezu gesunden Zustand schließen. Für größere und tiefere Verbreitung des Wissens in der Partei bin ich auch. Der Bezirkssekretär darf nicht außer-

halb des Agitationskomitees stehen, sondern muß dem Komitee angehören. Zu den Gemeindevereinerkonferenzen nehme man nicht nur einen Tag sondern zwei Tage — Sonntag und Montag — in Aussicht. Dem Ausschlag von zwei Mark zum Laubend in diesem Jahre stimme ich zu.

Kochanski-Halle tritt ebenfalls für zwei Tage zu dem Gemeindevereiner-Konferenzen ein. Der Bezirksrat möge sich auch über einen Antrag äußern, der dahingehet, daß Parteiorganisationen angehalten werden, bürgerlichen Zeitungen keine Inserate zukommen zu lassen.

Burgau-Naumburg empfiehlt das Adressatensystem und gibt entsprechende Hinweise dazu. Mit den Redaktionsabenden habe man in Naumburg begonnen und man denke damit Fortschritte zu machen.

Thiele-Halle: Ich bin auch dafür, daß der Bezirkssekretär dem Agitations-Komitee angehört. Die Proposition, die früher gegen die Zugänglichkeit gemacht wurde, war sehr unangebracht. Zustimmung muß ich Dreißer, daß wir auf das Wissen in der Partei mehr Gewicht legen müssen, als auf bloße Sympathien. Die Gemeindevereiner und Stadtortvertreter können auf der in Aussicht genommenen Konferenz gemeinsam an einem Tage verhandeln. Die Vertreter haben ein gemeinsames Ziel. Mit dem Fortfall der Geschäfts-Interate aus dem Agitations-Kalender bin ich einverstanden; mit dem von Schmidt vorgeschlagenen Aufschlag von 2 ebenf. 5 M. werden wir aber nicht auskommen. Wenn die Partei-Organisation nicht mehr in bürgerlichen Blättern inserieren sollen, so habe ich nichts dagegen; der Antrag wendet sich wohl besonders gegen Eilenburg. Bevor man beschließt, soll man aber erst die Eilenburger hören. Im allgemeinen könne man sich mit der Tätigkeit des Agitations-Komitees und des Bezirks-Sekretärs einverstanden erklären.

Inzwischen ist Genosse Fannschuch vom Parteivorstande in Berlin erschienen und wird vom Genossen Kochanski begrüßt. Der Vertreter des Parteivorstandes möge den Eindruck von dem Bezirksrat mitnehmen, daß man nur das Beste im Interesse der Partei erwollt habe.

Genosse Fannschuch dankt für die Begrüßung und weist darauf hin, daß die Parteivorstände wiederholt der Vorkampfung gemacht worden ist, er nehme nicht genügende Zählung mit den Genossen im Lande. Ob der Vorkampfung berechtigt ist, bleibe dahingestellt. Im aber jeden Schritt zu vermeiden, der Parteivorstand möchte sich einer Unterlassung schuldig, habe er beschloßen, jede Bezirks- und Landes-Konferenz besuchen zu lassen. Soweit erfüllbare Wünsche und Anträge an den Parteivorstand gelangen, wird er sie in wohlwollender Ermüdung zeigen. Redner erwidert den ihm entgegengebrachten Gruß und wünscht in den Parteigenossen Solches einige Stunden im Interesse der Partei verleben zu können.

Reinwand-Halle bespricht die Massenverhältnisse und tritt für den Antrag des Agitations-Komitees bezüglich der Gemeindevereiner-Konferenzen ein. Es erscheint im Interesse der Agitation sehr zweckmäßig, wenn Stadt- und Landortvertreter getrennt verhandeln. Die Redaktionsabende sollen zunächst den Zweck haben, Redner denartig vorzubereiten, daß sie das gegen Kampfen- schieber verlieren. Dem Errichten von Arbeiter-Kasinos muß, um Kosten zu ersparen, Einhalt geboten werden. Redner tritt für sämtliche Anträge des Bezirks-Komitees ein.

Schmidt-Halle erinnert daran, daß vor sechs Jahren schon einmal eine Gemeindevereinerkonferenz in Halle stattgefunden hat. Damals lagten die Gemeindevereiner vom Lande, auf der Konferenz wehe zu viel Großstadtlust. Die Stadtortvertreter müssen sich nach der Stadtordnung und die Landortvertreter nach der Landgemeindevereinerordnung richten, daher sei es gut, wenn die Konferenz getrennt tage.

Durchardt-Eilenburg: Wir waren durch die Verhältnisse gezwungen, in bürgerlichen Blättern zu inserieren. Wir haben 1/2 Abonnement an Volksblatt und 1/2 an der Leipziger Volkszeitung. Da kam uns das Inserieren etwas teuer. Jetzt haben wir die Verammlungsbesucher durch Handzettel ein und haben schon seit zwei Jahren nicht mehr in bürgerlichen Blättern inseriert.

Rauchfuß-Johannisberg äußert sich über den Vorkampfung und teilt mit, daß in drei Monaten im Hofsaal 600 M. beschaffen und acht Tage Werbung verbracht werden muß. Man bringt gegen die Arbeiterzeitung Nachschäcker, Gemeindevereiner u. a. die keine, um den Kampf zu erleichtern. Unserer Ansicht nach werden wir aber siegreich aus dem Kampfe hervorgehen.

Christian-Eisenberg schlägt vor, für den Bezirk eine Referententafel mit Kreisabgabe für die Referate aufzustellen. Die in Aussicht genommene Gemeindevereiner-Konferenz kann ihre Arbeiten an einem Tage erledigen.

Schade-Halle wendet sich gegen die Ausführungen Thieles, der die Verhältnisse in der Partei verkennt. Entwerber wir handeln nach dem Parteiprogramm, aber wir fassen auf eine Reformpartei heraus. Die Stadt- und Landortvertreter der Gemeinden müssen gemeinsam tagen, denn sie haben nach dem Parteiprogramm ein Ziel; zwei Tage sind aber zu den Verhandlungen nötig. Die weitere Gründung von Arbeiterkasinos ist zu unterlassen; denn die Projektionen z. überwiegen den agitatorischen Vorteil bedeutend. Errichte man einfach nur Säle zu Versammlungen.

Koch-Halle: Die Parteischule muß künftig wieder besichtigt werden. Wenn der Bezirk aber das Geld für die Parteischule ausgibt, so muß der Genosse auch sein eigenes Können im Bezirk verbreiten. Es kommt vor, daß Genossen ihren Bezirk verlassen und eine Stellung annehmen, wenn sie die Parteischule verlassen haben.

Dertel-Ammendorf tritt dafür ein, die Gemeindevereiner-Konferenzen an einem Tage und in einem Saale abhalten zu lassen. Nach einigen Ausführungen über die Arbeiterkasinosfrage, den Vorkampfung und den Vorkampfung empfiehlt Redner, bei den Redaktionsabenden nicht nach bestimmten Thematias zu verfahren, dadurch würden die Genossen in ihrer Bewegungsfreiheit gehindert. Sie sollen von der Referat frei sein und sich.

Schöne-Esterwerda: Wir sind durch die entfallenden Inseraten in dem Abhalten von Versammlungen beeinträchtigt; unlosere Boykott führen wir aber durch und wenn man uns auch das Boykott-Verbotien verbieten würde. Wir glauben berechtigt zu sein, Kosten auszustellen. Das Bildungsweesen muß mehr vertieft und ausgedehnt werden.

Gierax wurde ein von Frommhold-Halle eingebrachter und begründeter Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

In seinem Schlußwort trat Dreißer-Halle nochmals für die von ihm begründeten Anträge ein. Die Gemeindevereiner-Konferenz kann getrennt verhandeln. Zu den Rede-Abendungen sollen die Parteigenossen nicht mit dem Parteiprogramm

beginnen. Bei dem Vorkampfung darf man nicht nach einer Schablone verfahren.

Folgende Anträge wurden dann angenommen: Es soll eine allgemeine Gemeindevereiner-Konferenz für den ganzen Regierungsbezirk stattfinden und zwar an zwei Tagen, für städtische und ländliche Vertreter.

Geschäfts-Interate werden in dem Agitations-Kalender künftig nicht mehr aufgenommen.

Der Preis der Kalender wird künftig um 2 M. bezw. 5 M. (vom nächsten Jahre ab) pro Laubend erhöht werden.

Die Parteisekretäre Dreißer wird künftig Mitglied der Agitations-Kommission sein.

Darauf fand eine Mittagspause statt. Ueber den Punkt

Presse
referierte Redakteur Fröhlich: Es ist eine heisse Aufgabe, über die Presse zu reden, wenn der Redakteur selbst dabei beteiligt ist. Ich werde nicht über die allgemeinen Beschwerden reden, sondern mich darauf beschränken, ob das Volksblatt als Parteiorgan seine Pflicht getan hat. Die Unterlassung des Begrüßungsartikels zum Bezirksrat fällt auf mein Schuldtor. Redner muß seine Gründe dafür geltend. Nicht mit Unrecht wird die Presse als die siebente Grundsatz bezeichnet. Sie soll eine Waffe, im Kampfe für die Befreiung des Volkes sein. Es muß die Frage aufgeworfen werden, ob das Volksblatt immer auf dem richtigen Wege gestanden hat. Zur Zeit des Böhmerer Mißverhältnisses, vor Jahren hat das Volksblatt zweifelsohne auf dem richtigen Wege gestanden. Redner habe das Blatt damals verfolgt. Nach seiner Tätigkeit in den letzten zwei Jahren könne er wohl sagen, daß das Blatt im großen Ganzen seine Pflicht getan habe. Angekündigt wurde in der letzten Zeit besonders die Haltung des Blattes im politischen Teil und besonders in der Frage der Budgetbewilligung. Diesbezüglich sind von allen Kreisen des Bezirkes Briefe gekommen. Leider ist die Budgetfrage im Volksblatt nicht genügend beleuchtet worden. Urteile und Wertung hätten im Volksblatt mehr geflirt werden müssen. Daß die Budgetfrage von Wichtigkeit ist, beweist die ausgedehnte Debatte auf dem Parteitage. Und diese Frage wird nicht eher zur Ruhe kommen, bis die Parteitagbeschlüsse respektiert werden. Die Frage hätte jedenfalls nicht völlig Staub aufgewirbelt, wenn nicht hinter den Vertretungen der Städtebesitzer ein revolutionärer Verstoß gegen die Grundzüge der Partei stände. Bei der Aufklärung über die Budgetfrage hat das Volksblatt verlagert.

Wie weit die Kassa veräußert worden ist, beweist, daß man in Bismarck, im Pöcher Kreise, sagen konnte, der Revisionismus muß hoch liegen. Das Volksblatt hat seine Leiter in der Frage mangelhaft unterrichtet. Das ganze Verhalten Calwers in seinem Artikel im Tag ist nicht gebührend gebrandmarkt worden; auch Maurenbrochers Tun nicht. Wir werden nicht, wie Maurenbrocher sagt, ohne Kampf in den kommenden Staat hineinrutschen. Das Volksblatt hat seinen Raum gehabt, all die Dinge zu melden, die gegen den Grundpfeiler der Partei, den Marxismus, gerichtet waren. Es hat mehr der revolutionären als der tabulären Richtung gebietet und gewisse Fragen unangeführt gelassen. An der Haltung des Blattes sind auch drückende Bestimmungen schuld, aber es muß mit aller Entschiedenheit darauf hingewirkt werden, daß der Leser die Zeitung nicht unangeführt aus der Hand legt, als er sie in die Hand genommen hat. Wünschenswert ist, wenn eine Vereinigung aller widerrechtlichen Elemente zum Hofe der Parteipresse. Der gute Wille dazu wird auf allen Seiten vorhanden sein. Sorge man aber dafür, daß das Volksblatt so rebiert wird, daß sich jeder Leser selbst eine Ueberzeugung bilden kann. Der gute Wille zu einer Einigung muß auf beiden Seiten vorhanden sein, strebe man aber danach, daß das Volksblatt künftig wieder in revolutionären Sinne rebiert wird.

Der Vorliegende der Agitationskommission, Kochanski, gibt ergänzend die Erklärung ab, daß die Parteigenossen am Orte sich mit der Haltung des Volksblattes in der Budgetfrage beschäftigt und nicht dazu geschwiegen haben. Darüber gebe folgende Erklärung und Resolution Auskunft:

Erklärung.
Die Agitationskommission ist mit der Stellungnahme des Volksblattes in der Budgetfrage resp. des Disziplinbruches der süddeutschen Genossen deshalb nicht einverstanden, weil die ganze Frage im Volksblatt als eine nebenläufige behandelt worden ist, insofern, als zwar unter „Parteinachrichten“ eine kurze, prinzipielle Erklärung, aber an leitender Stelle, der dies nicht mehr enthalten ist, als ein Artikel des Genossen Eisenberg in Nr. 196 des Volksblattes, der für die Budgetbewilligung eintritt.

Resolution.
Die Sitzung der Bezirks-Agitations-Kommission des Reg.-Bez. Merseburg, die am 2. 9. 08 im Volkspark zu Halle a. S. tagte, erklärt sich einmütig mit der Art und Weise, wie das Volksblatt für Halle Stellung zur Budgetfrage der süddeutschen Abgeordneten genommen hat, nicht einverstanden, sondern sie verlangt in Zukunft in allen dergleichen Parteifragen eine klare und ungeweihte Stellungnahme der Redaktion.

Es ging sodann folgende

Resolution.
ein: „Die Bewilligung oder Verweigerung des Budgets muß sowohl von prinzipiellen, wie von taktischen, als auch von organisierten Standpunkt der sozialdemokratischen Partei beurteilt werden. — Von hiesigen drei Gesichtspunkten aus ist die Budgetbewilligung entschieden zu verwerfen und der Nürnberger Beschluß gutzuheißen. Gleichzeitig ist daher auch vom Merseburger Parteitage die zweideutige, unklare und directionslose Haltung des politischen Referats vom Halleischen Volksblatt in der Budgetfrage zu beklagen. Genosse Fannschuch-Berlin vertritt vermittelnd zu wirken und empfiehlt zur Schlichtung eines kollegialen Zusammenarbeitens, jeden Tag gemeinsame Redaktionskassationen abzuhalten. In der Diskussion geht Gen. Dreißer auf die Haltung des R.-Bl. ein, hierbei an den Artikel des Gen. Adler-Bien anknüpfend, Gen. Adler hat hierin ohne weiteres die Wichtigkeit der Frage der Budgetbewilligung erkannt, daß hat Gen. Thiele stets bekräftigt. Für ihn war die ganze Frage eine unwichtige, daher auch seine Haltung im Volksblatt. Bitte er die Stellung seiner Autorität, des Gen. Adler, im Volksblatt vertreten, so würde ihm keinerlei Vorwurf gemacht werden können, gemacht worden sein. Gen. Thiele: Da Gen. Fröhlich, wie Dreißer eben gesagt hat, sein Referat nach getroffenem Verabredung gehalten hat, ist es erklärlich, daß die Behandlung des Themas in einer Weise erfolgte, wie es auf Bezirkstagen sonst nicht der Fall ist. Es ist nicht richtig, wenn in der Resolution Dreißer-Sumert behauptet wird,

Parteiaktionen

Die Erklärung des Volksblattes zur Budgetfrage ist zweifelhaft, unklar und directionslos gewesen. Das habe in klarer Weise und ganz eindeutig von Anfang an erklärt, daß ich gegen die Budgetbewilligung bin. Ich habe nur insofern einen abweichenden Standpunkt eingenommen, daß ich erstens der Budgetfrage an sich keine so außerordentliche Bedeutung beilege, und daß ich zweitens die Frage als latente aufgelöst und deshalb für die Selbsttätigkeit in dieser Sache mehr Bewegungsfreiheit gefordert habe. Derselben Standpunkt nehmen die anderen sozialistischen Gegner der Münberger Vorstandesresolution an. Norddeutschland ein. Auch die Wiebergabe der Bestimmungen für und gegen die ohne Parteimitgliedschaft für die eine oder andere Seite erfolgt. Redner wiederholt dann die im einzelnen gegen seine Haltung erhabenen Vorwürfe und macht darauf aufmerksam, daß nach Drecher auch im September die Budgetfrage im Volksblatt nicht richtig erörtert worden sei, also in dem Monate, in dem Redner den politischen Teil gar nicht bearbeitet habe, da er am 8. September in die Ferien gegangen und die Tage vorher mit allgemeinen tabakationellen Arbeiten beschäftigt gewesen sei. Er hat, wenigstens den zweiten Absatz der Resolution Drecher-Kunert ausblenden.

Genosse Kunert: Die heutige Versammlung ist ausserordentlich wichtiger Bedeutung, als die Vertreter der Presse ein lares Bild über die Budgetbewilligung gewinnen müssen, welches das Volksblatt bis heute hat vernachlässigt. Wenn man das Volksblatt während der Behandlung der Budgetfrage genau verfolgt hat, so muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß Ziele Verantwortlicher der Budgetbewilligung ist. Schon der Artikel, aus der förmlichen Tagespost entnommen, „Die Ergebung vor Tat“ liefern den schlagenden Beweis dafür. Der Artikel, von welchem Ziele aus zweifellos wissen mußte, daß derselbe von Joci (Eisner), dem Manne mit der Marterprüfung, geschrieben war, war eine Verhöhnung der Arbeiterkraft, die in dieser Frage eine andere Stellung einnahm. Aber Eisner kann auch anders schreiben, wie ein vom Vorwärts am 18. August gedruckter älterer Artikel Eisner beweist. In demselben heisse es:

„Wenn auch die Uebereinstimmung der Meinung Ausdruck gibt, daß es staatsrechtlich Zwangslagen und politische Konstellationen geben kann, in denen nach der Maxime des kleinsten Übels auf die Budgetverweigerung verzichtet werden muß — ohne jede Not und ohne jeden Gewinn einer Regierung ein Vertrauensvotum auszusprechen, deren Politik durch eine Welt von der sozialistischen Anschauung getrennt ist, das ist eine Abwertung nicht nur von jeder grundsätzlichen, sondern auch von jeder humanen Politik. Wenn auch im Süden und Westen das Bewußtsein die gesellschaftlichen Widerstände nicht als eine in Krisen und Sackgassen — an der in immer stärkerer Weise fortgeschrittenen politischen Revolution — eine Ergebenheit, über die uns die sozialpolitische Reformarbeit und die Anwendung von Manöverstücken nicht täuschen sollte — sind die Einzelstaaten ziemlich gleichmäßig missglücklich. Es ist auch nicht der Schein eines triftigen Grundes anzuführen, warum man etwa in Bayern anders verfahren soll als im Reich. Jede ernsthafte bürgerliche Opposition verweigert der Regierung die Kredite, geschweige denn die Sozialdemokratie, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung selbst regiert. Wenn dieser oder jener bürgerliche Freiheitskämpfer den sonderbaren dämlichen Ehrgeiz hat, durchaus das missing link, das fehlende Zwischenglied zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien in seiner Person darzubieten, so hat die Sozialdemokratie das ernsteste Interesse, das Bewußtsein scharf und klar zu erhalten, daß selbst zwischen der „entgegenkommenden“ bürgerlichen Regierung und uns eine unüberbrückbare Kluft gähnt. Zwischen uns und ihnen steht schiedend das — Erzfürter Programm!“

Damit vergleiche man nun den von Ziele gedachten Artikel. Wohl hat Ziele auch Artikel dem Vorwärts entnommen, dieselben aber seiner Hauptintention gegen die Bewilligung verbannt. Hinwegzuleugnen ist nicht, daß das Volksblatt directionslos in dieser Frage gewesen ist. Wenn man speziell die fettergedruckte Stelle im obigen Artikel im Zusammenhang liest, so empfindet man die revisionistische Färbung an außerordentlich. Der von Ziele selbst verfaßte Artikel, „Der Ausweg“ war eine direkte politische Irreführung der Parteigenossen. Aber nichts beweist deutlicher die unklare Haltung, wenn man den Genossen Ziele von Nürnberg neben den Genossen Ziele von Halle u. Ziel stellt. In jedem Orte hat Ziele eine andere Haltung eingenommen. Die ganze Arbeiterbewegung würde einfach lahmgelegt, wenn einzelne Organisationsleiter auf der Höhe stehen würden, und dürfte diese Dummheit auf der Gewerkschaften nicht ohne schädlichen Einfluß sein.

Genosse Schade vertritt die Meinung, daß das missliche Verhältnis nicht aus der Budgetbewilligung hergeleitet werden kann, sondern schon seit Jahren in der Redaktion besteht. Zu der vorliegenden Resolution stellt Schade den Zusatzantrag, dem Genossen Ziele den politischen Teil im Blatte zu entziehen.

Genosse Leopoldi-Beir: Der außerordentliche Freitag in Leipzig hat sich mit der Haltung der Parteipresse beschäftigt. Auch auf diesem Freitag wurde dem Genossen Ziele die unklare Haltung des Blattes zum Vorwurf gemacht. Durch den obigen Artikel, den Genosse Ziele auf dem Freitag auszusprechen verbandt, ist eine Beeinträchtigung der Annahmen für die Budgetbewilligung durch den Genossen Ziele erfolgt, sonst wäre die Bestimmung in dieser Frage eine wesentliche andere gewesen. Wäre eine klare prinzipielle Haltung in dieser Frage seitens des Volksblattes erfolgt, so hätte der Freitag nicht stattgefunden.

Genosse Müller-Schleib: Wenn die Parteipresse ein erfolgreiches Mittel in unserem Kampfe sein soll, so ist ein einheitliches Arbeiten in der Redaktion Vorbereitung, das ist in Halle solange unmöglich, solange Genosse Ziele in der Redaktion sitzt. Genosse Ziele hat nun einmal die Fähigkeit, aus weiß Schwarz und aus Schwarz weiß zu machen. Eine Gesundung unserer Verhältnisse kann nur dann erfolgen, wenn Genosse Ziele ausbleibt.

Genosse Kohnst: Die Wehrhaft der Halleischen Parteigenossen steht auf dem realistischen Standpunkt. Genosse Ziele vertritt in der Budgetbewilligung die revisionistische Richtung und damit die Minorität der Halleischen Arbeiterkraft. Verläßt Genosse Ziele konsequenterweise seine Position, wird in allerhöchster Zeit ein gesundes Zusammenarbeiten beider Seiten möglich sein.

Genosse Mannich: Berlin gibt schon heute der Meinung Ausdruck, daß der Berliner Parteivorstand sich noch mit den Verhältnissen in Halle eingehend zu beschäftigen haben dürfte. Zu der prinzipiellen Haltung Zielers steht Redner folgendes an: Man kann verstehen, wenn Ziele auf dem Parteitag für die Resolution Prohme stimmt, obwohl derselbe wissen mußte, daß diese Resolution der Nichtbefolgung Tax und Lor öffnete. Nachdem die Resolution aber abgelehnt war, konnte es nichts anderes geben, als für die Resolution des Parteivorstandes zu stimmen. Die ganze Haltung des Genossen Ziele erscheint in dem Lichte, als ob derselbe erst abwarten wollte, welche Meinung nach dem Parteitag die aufschlagende Seite, um nicht die eine oder die andere Brücke vorzeitig hinter sich abzubrechen. Wägen sich der Vorwurf der Selbsttätigkeit dem Parteivorstand gegenüber äußere, daß auf der Nürnberg-Konferenz die Frage der

— In Götting (Niedersachsen) wurde in einer gut besuchten Parteiverammlung nach dem Bericht des Parteitag-Delegierten, Gewissen Unzuverlässigkeit, eine von dem früheren Parteitag-Delegierten des Reiches, Genossen Preis, eingebrachte Resolution einstimmig angenommen, wonach die Verarmung bebauert, daß aus ein großer Teil der norddeutschen Delegierten gegen die Resolution des Parteivorstandes zur Budgetbewilligung gestimmt hat; es müsse die eine Maßnahme zur Vermeidung der zukünftigen Delegiertenmaßnahme sein. Ein Ueberwachungsorgan des Revisionismus führe die Partei zur Vermeidung und Verhinderung, was man aus der Geschichte aller lautharrenden bürgerlichen Parteien, die ihre festen Grundrätze verlieren, lernen könne. Die Erklärung der 68 sächsischen Delegierten wird bebauert. Die Resolution schließt: Die Parteiverammlung befaßt sich vor, an den nächsten Parteitag den Antrag zu stellen, die Landesorganisationen mit Landesvorständen an der Spitze aufzulösen und dafür eine freiere Organisation der Gesamtpartei Deutschlands durchzuführen.

— Die **Wälschische Post**, unser Parteiorgan in Lubitzsch, erklärt auf den Artikel des Vorwärts von der Reichsberichterstattung der Sozialdemokratie in Bayern, der sich mit der Kandidatur Hoffmann in Regensburg befaßt und die Amtübertragung deselben darauf zurückführt, daß der bayerische Ministerpräsident u. Bodenweis erklären ließ, daß Hoffmann im Falle der Kandidatur sofort seines Amtes als Lehrer entsetzt würde. Sie habe sich sofort mit der Kaiserlautener Maßfreisetzung in Verbindung gesetzt, um von dieser mehrere Aufschlüsse zu erlangen. Die Maßfreisetzung erklärt, daß sie sofort zu der Angelegenheit Stellung nehmen und dann sich dazu äußern werde.

— Die **Sozialisten und der Parteitag**. Aus Hamburg wird berichtet: Mit dem Parteitag in Nürnberg und seinen Beschlüssen gegen die Sozialisten beschäftigte sich eine Mitgliederversammlung der lokalen Vereinigung der Bau-, Erbs-, Zimmer- und Klempnerarbeiten von Hamburg, Altona, Landsberg und Umgegend. Der Referent Schöer führte aus, daß die Führer der Zentralverbände es endlich fertig gebracht hätten, was sie schon vor 15 Jahren auf dem Münner Parteitag erreichen wollten, nämlich, jede freie Meinungsäußerung zu unterdrücken, und diejenigen, die sich nicht fügen, nach bellmanier Manier „fliegen“ zu lassen. Gerade die Verbandsführer stellten sich in Gegenwart zur Partei, wenn es sich um Parteitage-Beschlüsse handelte, die ihnen nicht lukulenten; z. B. der politische Massenstreik, die Kaiserfeier usw.; solche Beschlüsse würden nicht beachtet. Aber auch die Resolution — Austritt aus den Lokalvereinen und Uebertritt zu den Zentralverbänden — würden sie sich kritik halten und den Parteivorstand überreden, ob er sie auch zur Ausführung bringe. . . . Die Diktatur, sondern Bewegungsfreiheit werde die Parole aus in Zukunft lauten müssen.“ Redner forderte die Mitglieder auf, gleich nach dem Beschluß des Parteitages, die Konsequenzen zu ziehen, wenn ein Uebel in der Partei ist, der Partei ist nicht mehr möglich, ein jeder, der noch Mitglied sei, müsse bevor man ihn ausschließen seinen Austritt erklären.

Nach heftiger Debatte folgte ein Schlußwort von Schöer, in welchem letzterer erklärte, daß ein Beschluß sich erübrige, da ja der Münberger Parteitag beschlossen habe, die Sozialisten nicht mehr in der Partei zu dulden, und das müsse von sämtlichen örtlichen Parteiverbänden durchgeführt werden.

Die Versammlung gab dem ihre Zustimmung.

— Das **Protokoll** über die Verhandlungen des Nürnberger Parteitages und über die Verhandlungen des fünften Jahreskongresses ist schon in Verlage der Buchhandlung Bornwais erschienen.

Die Verhandlungen dieses Parteitages haben das ganz besondere Interesse der Genossen und Genossinnen erweckt. Im Vordergrund dieses Interesses stand die Diskussion über die Budgetbewilligung unserer süddeutschen Landtagsabgeordneten. Aber auch die Verdringung des Bildungsbedarfes in unserer Partei hat allgemeine Aufmerksamkeit erregt. An den Verhandlungen über: „**Massen- und Sozialpolitik**“ sind die Gewerkschaften besonders interessiert, während die Ausführungen des Referenten über die drohende „**Reichsfinanzreform**“ der Beachtung die der agitatorischen Tätigkeit der Genossen empfahlen sei. Daneben weisen wir noch hin auf die gleichfalls erledigte Frage der „**Jugend- und Frauenorganisation**“. Aus den Verhandlungen der Genossinnen sei auf die Resorte über Jugendberziehung in der Familie und durch Organisationen der Genossinnen Dunder und Jettin zu verweisen, deren Studium den Frauen besonders empfohlen sei.

Die Verhandlungen sind ausführlich wiedergegeben. Das Protokoll ist 568 Seiten stark, kann durch alle Buchhandlungen und Buchpostvereine bezogen werden und kostet broschiert 1,25 Mk. und gebunden 1,75 Mk.

Soziales.

Die Proletariatskrankheit bei den Steinbräuern.

Die schwere, mit dem Einatmen staubiger Luft verbundene und häufig in kalter und feuchter Witterung ausbrechende Arbeit der Steinbräuer macht diese für Krantheiten der Atmungsorgane ganz besonders empfänglich. Dies wird durch eine vom Zentralverband der Steinbräuer aufgenommene und in dem letzten Jahresbericht mitgeteilte Statistik bestätigt. Demnach war bei 194 in den Jahren 1905/1907 vorgekommenen Todesfällen, über die dem Vorstand nähere Mitteilungen gemacht wurden, die Todesursache:

Lungenentzündung	in 142 Fällen	
Lungenentzündung u. Brustentzündungen	7	158 Fälle
Stiftma und Lungenschwamm	2	
Rechtsherzkrankheit	1	41 Fälle
Selbstmord wegen hochgradiger Schwindel	1	
Schwindel	1	
Andere Krankheiten	32	
Selbstmord	4	5
Unfall	1	

In 168 Fällen, gleich 78,8 Proz. der Gesamtzahl, waren also die Gefährdeten von der furchtbaren Feindin des Proletariats dahingerafft worden. Am schlimmsten sind dabei die Sanftmänner daran, bei denen Krantheiten der Atmungsorgane in 80,7 Proz. aller Fälle die Todesursache bildeten. Das Durchschnittsalter der Gefährdeten war 39 Jahre 10 Monate, das der Sanftmänner in besonderen 38 Jahre 10 Monate.

Geyerstraße der Redaktion von 1/2 bis 1/2 Uhr.

Freund der Hausfrauen

wird Dr. Thompsons Eisenpulver, Marke Salm, nicht genannt. Man ergibt damit bleibend weiße Hände unter Spüngen der Stoffe. — Ueberall zu haben.

